

Von der Green Economy zur War Economy?

Institut für Weltwirtschaft präsentiert Waffen als neues Wachstumsmodell

von Jürgen Wagner

Auf der Suche nach einer Rechtfertigung für die Rüstungsmilliarden, die in immer aberwitzigeren Dimensionen ausgelobt werden, wird seit einiger Zeit die Umstellung auf Kriegswirtschaft als ein neues Wachstums- und Erfolgsmodell verkauft. In einem „Olivgrünen Wirtschaftswunder“ läge der Ausweg für das in die Krise geratene Wirtschaftsmodell.¹ Ganz vorne mit dabei ist das arbeitgebernahe Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW), das die Segnungen hoher Militärausgaben großzügig zu-rechtrechnet.

Waffen und Wachstum?

Bereits im Februar 2025 plädierte das IfW in einer zusammen mit der Denkfabrik Bruegel erstellten Studie, europaweit müssten, um einen eventuellen Ausfall von US-Fähigkeiten zu kompensieren, 50 zusätzliche Brigaden mit insgesamt 300.000 Soldat*innen aufgestellt und die Militärausgaben auf 3,5% bis 4% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) gesteigert werden.²

Schon länger argumentiert der medial überaus prä-sente IfW-Chef Moritz Schularick in diesem Zusammenhang, das sei volkswirtschaftlich sogar ein regelrechter Segen, man müsse deshalb „Aufrüsten für den Wohlstand“.³ Schützenhilfe organisierte sich Schularick hausintern über eine ebenfalls im Februar 2025 pünktlich zur Münchner Sicherheitskonferenz veröffentlichte Studie mit dem Titel „Waffen und Wachstum: Die wirtschaftlichen Folgen steigender Militärausgaben“.⁴

Aufrüstung tut – zumindest der Wirtschaft – gut, so lautet die Kernbotschaft der von Ethan Ilzetki, Professor an der London School of Economics, verfassten Studie. Zentrale Ergebnisse der Arbeit werden in der entsprechenden Pressemitteilung des Kieler Instituts für Weltwirtschaft folgendermaßen wiedergegeben: „Ein neuer Report des IfW Kiel zeigt, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 0,9 bis 1,5 Prozent im Jahr steigen könnte, wenn die EU-Staaten in dem entsprechenden Jahr ihre Militärausgaben vom NATO-Ziel von 2 Prozent auf 3,5 Prozent des BIP anheben und von überwiegend US-amerikanischen auf heimische Hightech-Waffen umsteigen wür-

den.“⁵ Ergo sei es auch kein Problem, wie aktuell praktiziert, Unsummen in die Rüstung umzuleiten – im Gegenteil: „Das bedeutet, dass Europa über seine Militärausgaben im Lichte seiner Prioritäten für die regionale Sicherheit entscheiden kann, ohne sich von der Angst vor einer wirtschaftlichen Katastrophe ablenken zu lassen.“⁶

Wacklige Annahmen

Die optimistischen Prognosen der Kieler-Studie dürften vor allem auch damit zusammenhängen, dass sie von zwei mehr als wackligen Annahmen gestützt werden: „Vor allem aber sollten die europäischen Regierungen dafür sorgen, dass ein größerer Teil ihrer Militärausgaben in Europa bleibt. Derzeit stammen rund 80 Prozent ihrer Beschaffungen von Unternehmen außerhalb der Europäischen Union. Aber nur die heimische Produktion kann die sogenannten technologischen Spillover-Effekte auf andere Industrien und die Produktivitätsgewinne erzeugen, so dass Verteidigungsausgaben mit jedem ausgegebenen Euro erhebliche wirtschaftliche Aktivität schaffen.“⁷

Bei diesen viel beschworenen „Spin-Offs“ handelt es sich also um technologische Innovationen, die vom Rüstungssektor eingeführt werden und danach massiv zur volkswirtschaftlichen Entwicklung beitragen. Dieses Phänomen existiert allerdings lediglich in der Phantasie der Rüstungsbefürworter – oder in der Vergangenheit, auf die verweist nämlich Schularick in seinen Arbeiten, wenn er sich zeitlich buchstäblich weit zurücklehnt und argumentiert, „die Durchbrüche beim Düsenantrieb für Flugzeuge und Raketen“, hätten ja zum Beispiel „ihren Ursprung im militärischen Bereich in den 1940er Jahren“ gehabt.⁸ Dem hält Günther Grunert im wirtschaftskritischen Onlineportal Makroskop entgegen: „Doch das ist weitgehend Vergangenheit. So räumt Michael Brzoska vom SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute) ein, dass es zwar eine Zeit gab, zum Beispiel in den 1940er und 1950er Jahren, in der die Militärforschung die Wirtschaft in starkem Maße angeregt habe. Studien ab den 1960er Jahren kämen jedoch zu dem Schluss, dass die Verteidigungsforschung das Wirtschaftswachstum weniger effektiv stimuliere als



Poster von Louis Oppenheim zum Kauf von Kriegaanleihen in Deutschland 1914 (Ausschnitt): „Deutschlands bisherige Entwicklung- die Gewähr für eine gesicherte Zukunft!“
Quelle: Museum Weißenfels-Schloss Neu Augustusburg über Museum Digital Deutschland.

die zivile Forschung. Darüber hinaus bestätigten Fallstudien zu bestimmten Industriezweigen wie Elektronik und Informationstechnologien die führende Rolle der zivilen Forschung.⁹ Auch viele rüstungsnahe Akteure schließen sich diesem Befund an, sodass inzwischen sogar von einem „Spin-In“ die Rede ist¹⁰: „Innovation findet sich immer weniger in staatlich finanzierten Verteidigungsprogrammen und immer mehr auf dem kommerziellen Markt.“¹¹

Auch mit einem olivgrünen Jobwunder ist es im Übrigen nicht allzu weit her. Richtig ist natürlich, dass nicht nur in der deutschen Rüstungsindustrie die Arbeitsplätze in den letzten Jahren deutlich steigen: Allein Rheinmetall, Diehl Defence, Thyssenkrupp Marine Systems und MBDA haben rund 16.500 zusätzliche Stellen geschaffen und wollen bis 2026 wohl weitere 12.000 hinzufügen.¹² Europaweit gibt der größte Lobbyverband der Branche seine Beschäftigten für 2023 mit 581.000 (+8,9%) an (bei einem Umsatz von 158,8 Mrd. Euro, einem Anstieg von 16,8% gegenüber dem Vorjahr)¹³ – für dasselbe Jahr weist allein Volkswagen 654.359 Beschäftigte aus.¹⁴

Allein anhand dieser Zahlen wird ersichtlich, dass der Rüstungsbereich gänzlich ungeeignet ist, um im großen Stil Arbeitsplatzabbau in anderen Branchen aufzufangen. Dies bestätigen auch Untersuchungen für die USA, die zu dem Ergebnis gelangen, kein anderer Sektor erzeuge weniger zusätzliche Arbeitskräfte pro investierter Steuermilliarde.¹⁵ Und dies gilt auch hierzulande: „Die Hochrüstung könne zum ‚Jobmotor‘ der Zukunft werden, jubilierte etwa Carlo Masala in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. [...] Allerdings sollte man sich nicht zu früh freuen. [...] Die Erwartungen an den Beschäftigungseffekt der Hochrüstung [sind] eher gering: [...] Investitionen in Infrastruktur, Klimaschutz, Gesundheit, Bildung usw. hätten einen 2- bis 3-mal höheren Beschäftigungseffekt.“¹⁶

Olivgrünes Wirtschaftswunder?

Die „spektakuläre“ Aussage der Kieler IfW-Studie, dass es zu einem Anstieg des Wirtschaftswachstums kommt, sollten die Rüstungsausgaben wie aktuell geplant erhöht werden, ist eigentlich genau das Gegenteil. Es ist nahezu unstrittig: Wenn kurzfristig schuldenfinanziert riesige Beträge in irgendeinen Bereich der Wirtschaft gekübelt wer-

den, hat dies selbstverständlich einen Anstieg des BIPs zur Folge. Selbst kurzfristig kommt aber fast jede Untersuchung zu dem Ergebnis, dass Gelder in so gut wie jeden anderen Bereich zu höheren Wachstumseffekten führen.¹⁷ So kommt eine Studie für Deutschland, Italien und Spanien aus dem Jahr 2020 zu dem Ergebnis, dass „für alle Länder nicht-militärische öffentliche Ausgaben einen positiveren Effekt auf Wirtschaft und Beschäftigung als Ausgaben für Waffenkäufe haben.“¹⁸

Langfristig deutet noch mehr darauf hin, dass sich Militärausgaben – abseits aller sonstigen Bedenken – nachteilig auf das Wirtschaftswachstum auswirken: „Im Jahr 2020 ergab die groß angelegte Metastudie »Military Expenditures and Economic Growth«, in der 231 Studien ausgewertet und zusammengefasst wurden, dass hohe Rüstungsausgaben insgesamt einen überwiegend negativen Effekt auf das Wirtschaftswachstum haben. Der »Militär-Keynesianismus« macht die Menschen also real ärmer, und hinten kommt nichts Gutes heraus. Nichts bis auf einen großen Haufen totes Metall.“¹⁹

Anstatt sich aber allzu lange mit vorhandenen Studien zum Thema aufzuhalten, könnte man auch einfach die ansonsten derzeit ja gern zitierten Rüstungshardliner Christian Mölling (Bertelsmann) und Torben Schütz (DGAP) zitieren. Bei capital.de schrieben sie bereits voriges Jahr: „Aufrüstung ist teuer und unpopulär – daher verfallen einige Politiker auf eine neue Idee: Die Rüstungsmilliarden könnten eine Konjunkturspritze sein. [...] Doch unterm Strich ist die Idee des Rüstungs-Keynesianismus ein gut gemeinter Versuch, sicherheitspolitisch notwendige Investitionen über Wohlstandseffekte zu vermitteln. [...] Rüstung ist bekanntermaßen eine vergleichsweise schlechte Investition, wenn es um die Förderung der Volkswirtschaft geht. Hier bringen Investitionen in Bildung oder Infrastruktur viel höhere Effekte.“²⁰

Aufrüstung als Klassenfrage

Rüstungsinvestitionen führen also, wenn überhaupt, nur kurzfristig zu einem relativ geringen Wirtschaftswachstum, langfristig wirken sie sich negativ aus, was die Frage aufwirft, woher die Gelder dafür stammen sollen: „So oder so, das »Deficit spending« des Staates zugunsten der Rüs-

tungsindustrie muss auf die eine oder andere Weise refinanziert werden. Entweder direkt über erhöhte Steuern oder per Kredit, der aber früher oder später auch zu begleichen ist. Die Frage, wer die Zeche für Kriegsgerät zahlt, gerät dann direkt zu einer klassenpolitischen Angelegenheit.“²¹

Wie es sich für ein arbeitgebernahes Institut gehört, hat das IfW eine klare Position, dass die Rüstungsgelder unter keinen Umständen über höhere Unternehmens- oder Reichensteuern aufgebracht werden sollen: „Das BIP-Wachstum wird geringer ausfallen, möglicherweise sogar negativ sein, wenn zusätzliche Verteidigungsausgaben von Anfang an durch höhere Steuern finanziert werden. Europas Regierungen sollten daher mehr Schulden aufnehmen, um vorübergehende Mehrausgaben oder den Übergang zu auf Dauer höheren Budgets zu finanzieren, zumal der Kauf von Waffen teurer ist als die Wartung und Instandhaltung.“²²

Eine schuldenfinanzierte Aufrüstung wird aber allenfalls über einen gewissen Zeitraum funktionieren²³, weshalb sich IfW-Chef Moritz Schularick dafür ausspricht, das Geld perspektivisch über Kürzungen in anderen Bereichen aufzubringen: „Ich kann sehr gut mit der vereinbarten Ausnahme der Verteidigungsinvestitionen von der Schuldenbremse leben. Aber klar ist: Langfristig müssen wir die Ausgaben in den regulären Haushalt einbinden. Wir müssen also umschichten aus anderen Ausgabenposten oder neue Einnahmen finden.“²⁴

Und wo bzw. auf wessen Kosten „umgeschichtet“ werden soll, ist dann auch keine Überraschung mehr. So forderte Schularick unter Zuhilfenahme eines in die Nazizeit zurückreichenden Spruchs²⁵ unter dem bereits erwähnt Titel „Wir müssen aufrüsten für den Wohlstand“: „Deutschland und Europa müssen aufrüsten, auch wenn die Konsequenzen für die Staatsfinanzen dramatisch sein werden. [...] Wie viel mehr Geld müssten wir dafür ausgeben? Wenn wir uns an anderen Ländern orientieren, scheint eine Erhöhung der Militärausgaben bis zum Ende des Jahrzehnts auf 150 Milliarden Euro jährlich realistisch. [...] Wie kann und wie sollte ein solches Paket daher finanziert werden? Mittelfristig wird kein Weg daran vorbeiführen, harte Budgetentscheidungen zwischen »Kanonen und Butter« zu treffen.“²⁶

Anmerkungen

- ¹ Olk, Julian: Es kann ein olivgrünes Wirtschaftswunder geben, Handelsblatt, 6.3.2025.
- ² Burlikov, Alexandr/Wolff, Guntram: Europa ohne die USA verteidigen: eine erste Analyse, was gebraucht wird, Kiel Policy Brief, 2/2025.
- ³ Schularick, Moritz: Aufrüsten für den Wohlstand, Kiel Focus 04/2024. Der Beitrag erschien leicht gekürzt unter dem Titel „Wir müssen aufrüsten für den Wohlstand“ auch bei Spiegel Online (28.3.2024).
- ⁴ Waffen und Wachstum: Die wirtschaftlichen Folgen steigender Militärausgaben, Institut für Weltwirtschaft Kiel, 14.2.2025.
- ⁵ Ebd.,

- ⁶ Ebd.
- ⁷ Waffen und Wachstum: Die wirtschaftlichen Folgen steigender Militärausgaben, Institut für Weltwirtschaft Kiel, 14.2.2025. Derlei Argumentationen sind natürlich keineswegs neu, bereits 2016 argumentierte die Europäische Kommission im damaligen Verteidigungsaktionsplan nahezu genauso: „Investitionen im Verteidigungsbereich haben einen erheblichen wirtschaftlichen Multiplikatoreffekt, was die Gründung von Spin-offs, Technologietransfers auf andere Wirtschaftszweige sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen betrifft“ (Mitteilung der Kommission: Europäischer Verteidigungs-Aktionsplan, COM/2016/0950 final, Brüssel, 30.11.2016)
- ⁸ Schularick, Moritz/Ferguson, Niall: Schuldenbremse und Verteidigung: Den Schuss nicht gehört, Kiel Focus 7/2024.
- ⁹ Grunert, Günther: Ein olivgrünes Wirtschaftswunder?, Makroskop, 26.3.2025..
- ¹⁰ Fiott, Daniel: Strategic Investment. Making geopolitical sense of the EU's defence industrial policy, EUISS, Chaillot Paper 156, Dezember 2019, S. 25.
- ¹¹ Chagnaud, Marie-Louise u.a.: Europa rüsten: Zum Stand der europäischen verteidigungstechnologischen und -industriellen Basis, in: Bartels, Hans-Peter u.a. (Hg.): Strategische Autonomie und die Verteidigung Europas. Auf dem Weg zu einer europäischen Armee? Bonn 2017, S. 59-74, S. 71.
- ¹² From trains to tanks: Germany's rearmament marks industrial shift, ft.com, 23.4.2025.
- ¹³ The Aerospace and Defence Industries Association of Europe: Facts & Figures 2024, S. 4.
- ¹⁴ Volkswagen: Konzernlagebericht Belegschaft.
- ¹⁵ Garrett-Peltier, Heidi: War Spending and Lost Opportunities, Brown University, Costs of War Project, March 2019.
- ¹⁶ Solty, Ingar: Sackgasse Deutschland: Vom Exportweltmeister zum Hochrüstungsmeister, Berliner Zeitung, 2.4.2025.
- ¹⁷ Grunert 2025.
- ¹⁸ Stamegna, Marco u.a.: The economic impact of arms spending in Germany, Italy, and Spain, No. 120608.
- ¹⁹ Dietrich, Nils: »Militär-Keynesianismus«: Hinten kommt nichts Gutes heraus, Neues Deutschland, 2.4.2025.
- ²⁰ Mölling, Christian/Schütz, Torben: „Wir rüsten besser so viel, wie uns unser Leben wert ist“, capital.de, 9.9.2024.
- ²¹ Bratanovic, Daniel: Rotlicht: Rüstungskeynesianismus, junge Welt, 5.3.2025.
- ²² Waffen und Wachstum: Die wirtschaftlichen Folgen steigender Militärausgaben, Institut für Weltwirtschaft Kiel, 14.2.2025.
- ²³ „Die Zinsen dafür werden über einen sehr langen Zeitraum von unseren Steuern bezahlt, also der Volkswirtschaft entzogen, und können zudem vom Staat nicht mehr für andere – sinnvollere – Dinge ausgegeben werden. Die Ausgaben steigen, auf der Einnahmeseite steht jedoch nichts. Panzer zahlen keine Steuern und erwirtschaften auch keinen Gewinn, wenn sie erst einmal ausgeliefert wurden. [...] Dies ist sowohl nach betriebswirtschaftlicher als auch nach gesamt- bzw. volkswirtschaftlicher Logik eine klare Fehlinvestition.“ (Berger, Jens: Vom „Green New Deal“ zum „olivgrünen Wirtschaftswunder“ – der Irrsinn regiert, nachdenkseiten.de, 27.3.2025)
- ²⁴ „Wir brauchen wohl eher eine Million Drohnen als 2000 neue Panzer“, Spiegel Online, 5.3.2025.
- ²⁵ Wikipedia: Fettlücke.
- ²⁶ Schularick, Moritz: „Wir müssen aufrüsten für den Wohlstand“, Spiegel Online, 28.3.2024.